



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/293 - 17.12.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Zur Tagung des Atlantikpakt-Rates	S. 1
Schwedischer Bischofsprozeß vor dem Abschluß	S. 3
Deutsche Wiedervereinigung Nebenziel ?	S. 5
Parteien und Rundfunk	S. 6

Brüche in der westlichen Einheit

-ler. Die zwölfte Zusammenkunft des Atlantikpakt-Rates endete in Disharmonie. Die Außenminister der drei Westmächte gehen in die Weihnachtsferien, ohne gegenüber Moskau eine einheitliche Marschroute festgelegt zu haben. Die Risse und Sprünge in der Konzeption der Atlantischen Gemeinschaft lassen sich nicht mehr verbergen, eine Gemeinsamkeit der Ziele ist nur noch in verschwommenen Umrissen zu erkennen. Zwar heißt es in dem sehr vage formulierten Schlußkommuniqué, "daß im Rahmen einer ständig weiter zu entwickelnden Atlantischen Gemeinschaft die Errichtung der EVG einschließlich deutscher Kontingente eines der Hauptziele darstelle, um die Verteidigungskraft des Westens zu stärken", doch waren und sind sich seine Verfasser wohl klar darüber, daß dies mehr oder weniger eine unverbindliche Floskel bleibt, hinter der keine Lebenskraft steckt. In die Verhandlungen mit der Sowjetunion geht der Westen ohne innere Entschlossenheit, wobei dies aber weniger auf die listenreiche sowjetische Diplomatie zurückzuführen ist als vielmehr auf das fortgesetzte Bemühen der USA, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft durchzusetzen, der in ihrer heutigen Form und bei der ablehnenden Haltung wesentlicher Partner die notwendigen Grundlagen fehlen.

Besteht die Stärke eines Staates oder einer Staatengruppe allein in der Zahl von Divisionen, Kanonen, Flugzeugen, angelegten Flugplätzen, U-Booten und Kriegsschiffen, dann können die im Atlantik-Pakt vereinigten 14 Länder auf eine imponierende Leistung zurückblicken. Seit 1949 sind allein die Rüstungsausgaben um 350 Prozent gestiegen, die vor zwei Jahren vorgesehene Truppenstärke ist beinahe erreicht worden. Ein möglicher sowjetischer Angriff auf Westeuropa wäre nicht mehr ein militärischer Spaziergang. Zum ersten Male seit der Gründung des Atlantik-Paktes zeigten die Generäle über das Erreichte eine gewisse Zufriedenheit, und das will bei Generälen schon etwas heißen. Diesmal ertönten auch, wie es noch bei früheren Tagungen der Fall war, keine Alarmrufe und keine Aufforderungen an die Mitgliedstaaten, ihre Rüstungen voranzutreiben - Niederschlag des veränderten internationalen politischen Klimas. Niemand erwartet für absehbare Zeit sowjetische Angriffsakte.

Umso erstaunlicher ist es, daß der amerikanische Außenminister Dulles mit der Beharrlichkeit eines puritanischen Fanatikers auf die baldige Ratifizierung der EVG-Verträge durch Frankreich drängte und sich dabei zu Drohungen verleiten ließ, die unter Partnern zumindest ungewöhnlich sind. Er hat einen Sturm in Frankreich heraufbeschworen, der sich nicht so bald legen dürfte. Frankreich fühlt sich in seiner Ehre und in seiner Würde als souveräne Nation betroffen. Ein entscheidender Satz in der Rede Dulles verdient festgehalten zu werden. Er lautet:

"Das Interesse der Vereinigten Staaten an einer Ratifizierung des EVG-Vertrages konzentriert sich nicht auf die zusätzliche militärische Stärke, die dieser der NATO in Form von zwölf deutschen Divisionen geben wird, sondern vielmehr auf die Tatsache, daß damit eine Allianz geschaffen wird, die einen neuen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland unmöglich machen wird".

Im gleichen Zusammenhang meinte Dulles, daß es innerhalb der Zeitspanne, die zur Schaffung der notwendigen Einheit zwischen Deutschland und Frankreich zur Verfügung steht, keine Zeit mehr vorhanden sei, um erneut über den EVG-Vertrag mit dem Ziel zu verhandeln, bestimmten nationalen Einwänden zu begegnen. Das ist eine bisher ungewöhnliche Begründung für die EVG. Die Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft war ursprünglich gedacht als notwendiges Instrument der Abwehr eines sowjetischen Angriffes und deutsche Divisionen als unerlässlich für die Verstärkung der westlichen Verteidigungskraft. Heute aber sollen sie das militärische Begleitstück eines Systems sein, das auf der Grundlage des zweigeteilten Deutschland fußt. Eine unter Druck erprobte unheilige Partnerschaft würde jedoch nicht in der Lage sein, kommenden Stürmen zu widerstehen. Wenn mit solchen Vorstellungen der USA-Außenminister zur Viermächte-Konferenz kommt, dann erobert sich wohl die schwerwiegende Frage, ob seine bisherigen Bekenntnisse zur deutschen Einheit nur rhetorische Beteuerungen waren.

Der Prozeß gegen den Bischof

KRK - Upsala

Der Bischof des schwedischen Stiftes Strängnäs, Dick Helander, ist angeklagt, seine Wahl und schließliche Ernennung zum Bischof mit Hilfe von anonymen Schmähbriefen gegen Amtsbrüder-Rivalen gefördert zu haben. Es hat fast ein Jahr gedauert, ehe die Voruntersuchungen abgeschlossen waren. Nach siebzehn Verhandlungstagen, während welcher mehr als fünfzig Zeugen aussagten, wurde der Prozeß eben abgeschlossen. Die Urteilsverkündung wird am 22. Dezember erfolgen. Nicht nur Schweden, sondern der ganze Norden sieht dieser Urteilsverkündung mit gespanntester Erwartung entgegen. Daß Bischof Helander bei ihr nicht gut wegkommen wird, ist als sicher anzunehmen. Ein Freispruch erscheint nach den erdrückenden Indizienbeweisen als ausgeschlossen; er wird nicht einmal von der der Schwedischen Staatskirche nahestehenden Zeitung "Svenska Morgonbladet" erwartet.

Fingerabdrücke auf Schmähbriefen

Der Staatsanwalt konnte in seiner abschließenden Anklagerede eine Reihe von Zeugenaussagen und Tatsachen anführen, die als absolute Beweise für die Schuld oder zumindest Mitschuld des angeklagten Bischofs gelten können. Vor allem gründet sich die Beweisführung des Staatsanwalts auf die Tatsache, daß man auf einigen der vervielfältigten und ausgeschickten Schmähbriefe die Fingerabdrücke des Bischofs gefunden hat. Auffallend sind auch die Manipulationen des Bischofs mit einigen Schreibmaschinen, auf denen, wie feststeht, die Matrize der Schmähbriefe und einige dieser Schmähbriefe geschrieben worden sind. Hingegen konnte der Staatsanwalt nicht nachweisen, daß die Briefe vom Bischof zur Post gegeben worden sind. Nach schwedischem Gesetz ist jedoch nicht das Schreiben anonymer Beleidigungen strafbar, sondern nur ihre Verbreitung.

Eben dieser Umstand spielte in den Ausführungen des Verteidigers eine erhebliche Rolle, wenn auch all sein Geschick - Hugo Lindberg ist sein Name, er darf als Schwedens tüchtigster Verteidiger gelten - nicht den schlechten Eindruck verwischen konnte, den die gerichtliche Beweisaufnahme hervorgerufen hat. Der Verteidiger bezweifelte, daß die in den anonymen Briefen enthaltenen Wendungen überhaupt strafbaren Charakters sind und wies darauf hin, daß der oder die Verfasser

jener Briefe offenbar der vollen geistigen Zurechnungsfähigkeit erman-
geln - eine Annahme, die sich nach der Lage der Dinge vor allem auf
Bischof Helander beziehen muß.

In der Kirche üblich ?

Was aber den Prozeß gegen Bischof Helander so besonders bemerkens-
wert macht, ist folgendes: Der Verteidiger meinte nämlich, diese Art
der Wahlbeeinflussung sei in kirchlichen Kreisen durchaus nichts Selte-
nes. Und jeder, der die Machenschaften kennt, die sich um Priester- und
Bischofsnennungen abspielen, wird ihm darin beipflichten müssen. Es
scheint fast so zu sein, daß ein Teil der Priester den Priesterberuf
nicht als eine Berufung auffaßt, sondern als eine Beamtenstellung mit
den Beförderungs- und Einkommensmöglichkeiten, die eine Staatsbeamten-
stellung mit sich bringt. Das Tragische am Fall des Bischofs Helander
scheint zu sein, daß er, der schlimmstenfalls im Grunde nichts anderes
tat, als manche seiner Amtsbrüder bei ähnlichen Gelegenheiten zu tun
pflegen, als der erste derartige Intrigenspinner vor den Richter kam.

Trotz der erdrückenden Indizien erklärte der Bischof am Schlusse
der Verhandlungen, daß er unschuldig sei und nicht erklären könne, wie
die Briefe zustande gekommen und verbreitet worden und wie seine eigen-
en Fingerabdrücke auf sie gekommen sind. Er kämpft, das ist ganz deut-
lich geworden, nicht nur um sein eigenes Ansehen, sondern vor allem um
das Ansehen der Kirche. Man mißt Priesterworten mehr Gewicht bei als
den Worten gewöhnlicher Sterblicher, und man beurteilt auch ihre Hand-
lungen strenger. Und so richtig es sein mag, daß die in den Schmähbriefen
enthaltenen Beleidigungen an und für sich nicht schwer wiegen, so
richtig ist es auch, daß sich Priester ihrer unter keinen Umständen be-
dienen dürfen, wenn nicht das Ansehen des ganzen Standes und der Insti-
tution, die er trägt, schwersten Schaden erleiden sollen.

So hat wohl der Prozeß das eine Gute, daß sich die Priesterschaft
auf ihre Würde besinnen und Methoden vermeiden wird, die auch dann -
oder besser gerade dann! - von Übel sind, wenn sie die priesterliche
Karriere betreffen.

+ + +

Unverantwortliche Störmanöver

b. Nachdem eine Konferenz der Vier Mächte endlich in greifbare Nähe gerückt ist, sollte es deutsche Aufgabe sein, eine Atmosphäre zu schaffen, in der alle Beteiligten mit Ernst und gutem Willen darangehen, Möglichkeiten zur Lösung der deutschen Frage zu suchen. Die Bundesregierung ist offenbar der Auffassung, daß sie mit der Bundestagsentscheidung ihr Soll auf dieser Seite bereits erfüllt hat. Auf der anderen Seite hingegen ist sie mit wachsendem Eifer bemüht, Störfaktor abzuschleusen. Man denke dabei nur an die Erklärung des Bundeskanzlers, daß selbst nach freien Wahlen die Bonner Regierung und damit auch die Pankower im Amt bleiben müsse.

Ebenso katastrophal aber ist ein Leitartikel, "Der entscheidende Aspekt", im regierungsoffiziellen "Bulletin" vom 17. Dezember 1953. Im Rückblick auf die Bermuda-Konferenz und die Tagung des Atlantikpakt-Rates wird darin festgestellt:

"Der Atlantikpakt ist und bleibt der Grundstein ihrer (der Westmächte) gemeinsamen Politik, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist als notwendig erklärt worden, um die Verteidigungskapazität der atlantischen Gemeinschaft zu sichern. Auch die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit wird als Ziel einer Vierer-Konferenz bezeichnet".

Die Wiedervereinigung Deutschlands wird also, da sich das "Bulletin" mit dieser Reihenfolge begeistert identifiziert, zu einem Nebenziel degradiert, das "auch" das Ziel der Vermächte-Konferenz sein soll. Wir aber sind der Auffassung, daß dieses Problem an erster Stelle rangieren muß, daß ihm der Vorrang vor allen westlichen Integrationsbemühungen zusteht. Abgesehen davon ist es absurd, den Sowjets die Vierer-Konferenz in einem solchen Lichte zu offerieren und gleichzeitig den Eindruck zu erwecken, als halte man unter solchen Umständen einen Erfolg dieser Konferenz für möglich.

Im weiteren Verlauf dieses Artikels wird von den Absichten der Sowjets gesprochen, die Vierer-Konferenz angeblich nur veranstalten zu wollen, um schließlich ganz Westeuropa zum Opfer einer bolschewistischen revolutionären Aggression reif zu machen. Und wenn es so wäre - nichts ist falscher und verrät deutlicher die Abneigung zu einer Verhandlungslösung zu kommen, als wenn man kurz vor diesen Verhandlungen dem Partner sein tatsächliches oder vermeintliches Sündenregister um die Ohren schlägt. Alle diese Reaktionen zeigen nur, wie unangenehm der Bundesregierung die Vierer-Konferenz in Wirklichkeit ist, und wie sie - vielleicht - auch ihre Ergebnisse fürchtet.

Partei politik im Rundfunk ?

J.F.W. Der Vorschlag, den die fünf Parteien wegen Überlassung von Sendezeiten an die Rundfunkanstalten richtete, hat in der Öffentlichkeit bisher wenig Zustimmung gefunden. Man befürchtet, daß die gewünschten Parteisendungen zu einer unerträglichen Politisierung der Rundfunkprogramme führen und daß diese Sendungen die Hörer nicht angesprochen werden.

Dies letztere Bedenken wird durch die guten Erfahrungen widerlegt, die mit dem "Politischen Forum", das der NWDR schon seit mehr als vier Jahren zweimal im Monat sendet, gemacht wurden. Diese Gespräche am "Runden Tisch", an denen regelmäßig drei oder vier Politiker der verschiedenen Parteien teilnehmen, um grundsätzliche Fragen oder aktuelle Tagesprobleme in freier Diskussion zu erörtern, erfreuen sich bei den Hörern einer wachsenden Beliebtheit. Die Zustimmung war so groß, daß der NWDR von sich aus vor zwei Jahren für das "Politische Forum" eine seiner besten Sendezeiten - Sonntagabend ab 19.30 Uhr - im Austausch gegen einen ungünstigeren Spätertermin an einem Wochentag, zur Verfügung stellte. Seit etwa Jahresfrist hat auch der Südwestfunk diese Sendeform mit gutem Erfolg eingeführt.

Der gemeinsame Wunsch der Parteien, auch die übrigen Sender für das "Politische Forum" zu interessieren - es soll in Zukunft statt zweimal im Monat 30 Minuten, einmal 30 und zweimal 15 Minuten dauern - soll das Programm dieser Sender um eine lebendige und interessante Sendung bereichern. In echter und fairer, aber auch scharfer und deutlicher Diskussion, wie sie zum Wesen der Demokratie gehört, soll Meinung und Gegenmeinung zu Worte kommen. So wird der Hörer angeregt, wichtige politische Fragen grundsätzlich zu überdenken und sich seine Meinung, nicht verführt von Schlagworten, sondern überzeugt von den besseren Argumenten, zu bilden. Die politische Information, die der Rundfunk in seinen Nachrichtendiensten und Eigenkommentaren gibt, erfährt durch diese Diskussionsendungen eine wesentliche Ergänzung, die den Hörer zur selbstverantwortlichen Teilnahme am politischen Leben anregt.

Anders liegt die Sache bei den von den Parteien gleichfalls

gewünschten Kurzsendungen, die dreimal wöchentlich im Programm jedes Senders erscheinen sollen. Zweifellos haben die Parteien für derartige Sendungen, die schon bisher vor jeder Wahl in den Rundfunkprogrammen erschienen, nicht immer den richtigen Ton und die interessante Form gefunden, die solchen parteipolitischen Ansprachen allein ihre Berechtigung neben den Eigenkommentaren der Sender sichern können. Bei dieser Beurteilung muß man den Parteien aber einmal die Atmosphäre der Wahlzeiten zugute halten, die nun einmal zur vergrößerten und politisch überspitzten Darstellung verleitet und natürlich auch die Parteisendungen im Rundfunk beeinflußt. Zum anderen hatten die Parteien bisher keine Gelegenheit, gute und journalistisch geschulte Mitarbeiter für Kurzvorträge heranzuziehen, da für solche Sendungen, von der Wahlzeit abgesehen, keine Sendezeiten zur Verfügung standen. Diese parteipolitischen Vortragssendungen bedürfen aber gerade, um sich in der Konkurrenz des übrigen Programms zu behaupten, rundfunkgewandter und fähiger Gestalter. Solche Mitarbeiter zu finden und zu erproben erfordert Zeit, erfordert vor allem Sendezeit, in der diese Parteisprecher, genau wie die Kommentatoren des Rundfunks, ihre Erfahrungen sammeln müssen. Leicht werden es die von ihrer Aufgabe her zur Einseitigkeit gezwungenen Parteisprecher gegenüber den Kommentatoren der Sender freilich nie haben, die in Themenwahl und Gestaltung wesentlich freier sind.

Doch der Wunsch der Parteien, in Kurzvorträgen eine zusammengefaßte Darstellung der eigenen Auffassung wichtiger Fragen zu geben, ist zweifellos berechtigt. Man sollte daher auch den Versuch mit den Parteivorträgen ruhig wagen. Erobern sie sich die Aufmerksamkeit der Hörer, so werden sie eine gute Ergänzung der Programme bilden können. Zeigt es sich aber, daß die Möglichkeiten der Parteien nicht ausreichen, diesen Sendungen das Hörerinteresse zu gewinnen, dann werden die Parteien selbst einsichtig genug sein, nicht auf ihrer Beibehaltung zu bestehen.

Insgesamt, das sollte man bei der Diskussion über die Vorschläge der Parteien nicht vergessen, wünschen sie vom Rundfunk noch nicht ein halbes Prozent der verfügbaren Sendezeit. Das ist weitaus weniger als bei den meisten Sendern heute allein für den Werbefunk zur Verfügung steht.

Verantwortlich: Peter Raunau